



Bidens Klimaagenda

Innenpolitischer Handlungsspielraum und Anknüpfungspunkte für die transatlantischen Beziehungen

Sonja Thielges

- › Joe Biden hat eine ambitionierte Klimaschutzagenda vorgelegt und will im internationalen Klimaschutz die Führung übernehmen. Nach 100 Tagen im Amt kann er hier bereits wichtige Erfolge vorweisen, steht jedoch auch vor schwierigen Herausforderungen bei der innenpolitischen Umsetzung.
- › Bidens Klimaschutzagenda ist ein wichtiges Gelegenheitsfenster für die transatlantische Kooperation. Durch ein gemeinsames Auftreten in internationalen Kooperationsformaten können die transatlantischen Partner neuen Schwung in die internationalen Klimaverhandlungen bringen.
- › Noch klarer können die Partner eine gemeinsame Zukunftsvision kommunizieren, um auf eine globale Klimatransformation hinzuwirken. Die Abkehr von fossilen Energieträgern sollte zum konsistenten gemeinsamen Narrativ entwickelt werden.
- › Eine Vertiefung der transatlantischen Klimakooperation in der Entwicklungszusammenarbeit wäre eine wichtige Reaktion auf geopolitische Herausforderungen. Denn gerade in ihren Energiebeziehungen mit Entwicklungsländern konkurrieren die transatlantischen Partner mit Ländern wie China und Russland.

Inhaltsverzeichnis

1. Bidens Klimapolitik nimmt Fahrt auf	2
2. Die klimapolitische Sackgasse	3
3. Der gespaltene Kongress	3
4. Parteiübergreifende Herangehensweisen an den Klimaschutz	4
5. Die US-Staaten bleiben Klimavorreiter	5
6. Anknüpfungspunkte für die transatlantische Kooperation	5
Impressum	8

Der Amtsantritt Joe Bidens im Januar 2021 war mit großen klimapolitischen Hoffnungen verbunden – auf beiden Seiten des Atlantiks. Denn Donald Trump verfolgte in den vier Jahren seiner Amtszeit keinerlei Klimaschutzambitionen. Er weichte stattdessen Umweltschutzverordnungen auf oder strich sie gleich komplett. Schwierige Voraussetzungen also für Joe Biden, der bereits mit ambitionierter Klimapolitik in seinen Präsidentschaftswahlkampf gezogen war.

Seit 100 Tagen ist Biden nun im Amt und es lohnt sich ein Blick auf seine Klimaschutzagenda. Konnte er eine Kehrtwende in der Klimapolitik vollziehen? Wie ist es um seinen politischen Handlungsspielraum bestellt? Und auf welche Themen kann sich die transatlantische Kooperation in der Klimapolitik fokussieren?

1. Bidens Klimapolitik nimmt Fahrt auf

Biden hat mit seinem Amtsantritt die Klimapolitik ins Zentrum seiner Außen- und Sicherheitspolitik gerückt. Der erfahrene Außenpolitiker John Kerry hat als Teil des Nationalen Sicherheitsrates den wichtigen Posten des Klimasondergesandten inne und koordiniert internationale Kooperationen. Der erneute Beitritt der USA zum Pariser Klimaabkommen ist vollzogen und der aktualisierte nationale Klimaschutzbeitrag (Nationally Determined Contribution, NDC) sieht vor, dass die USA bis 2030 ihre Emissionen im Vergleich zum Jahr 2005 halbieren. Unter dem damaligen Präsidenten Barack Obama hatten die USA 2015 als Beitrag zum Pariser Klimaabkommen noch eine Reduktion von 26 bis 28 Prozent zugesagt.

Die USA wollen bis 2030 ihre Emissionen im Vergleich zu 2005 halbieren.

Ende April lud Biden 40 Staats- und Regierungschefs zu einem virtuellen internationalen Klimagipfel ein. Der neue US-Präsident wollte der internationalen Gemeinschaft so das Vertrauen in den klimapolitischen Führungsanspruch der USA zurückgeben. Mit dem Gipfel sollten die teilnehmenden Länder im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP26) zu deutlichen Ambitionssteigerungen im Klimaschutz animiert werden, und zur größeren Berücksichtigung der Pariser Klimaziele in ihren Konjunkturpaketen. Zudem wollte Biden ein Zeichen setzen, um internationale Finanzströme auf den Klimaschutz auszurichten und von CO₂-intensiven Investitionen wegzulenken. Die USA legten selbst einen Klimafinanzplan vor, um Entwicklungsländer beim Klimaschutz zu unterstützen. Andere Gipfelteilnehmer wie Kanada oder Japan kündigten ambitioniertere Klimaziele an.

Auch Bidens bilaterale Bemühungen zeigen erste Erfolge: Mit China unterzeichneten die USA im Vorfeld des internationalen Klimagipfels eine gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz. Auch China bekennt sich darin zum Fokus auf saubere Energietechnologien, darunter neben erneuerbaren Energien auch Carbon Capture and Storage (CCS), bei internationalen Investitionen und Finanzierungen in Entwicklungsländern. Mit der U.S.-Japan Competitiveness and

Resilience (CoRe) Partnership und der Japan-U.S. Clean Energy Partnership (JUCEP) entstanden zudem jüngst ähnliche Kooperationen. China und Japan gehören zu den weltweit größten öffentlichen Gebern für internationale Kohleprojekte. Diese Erklärungen – wenn auch noch nicht in Politik übersetzt – haben also eine wichtige Signalwirkung.

Um innenpolitisch eine Basis für sein internationales Engagement zu schaffen, begann Biden zunächst, die klimapolitischen Verordnungen, die die Trump-Administration gestrichen hatte, zu prüfen und den Prozess der Wiedereinsetzung zu starten. So sollen neue Emissionsstandards für die Öl- und Gasindustrie sowie Energieeffizienzstandards für Gebäude und Geräte entstehen. Es wird keine neuen Lizenzen mehr für Öl- und Gasbohrungen auf öffentlichem Land geben und das US-kanadische Pipelineprojekt Keystone XL ist abgesagt. Biden strebt zudem strenge Effizienzstandards für Automobile an. Geht es nach dem Präsidenten, könnte 2035 das letzte Jahr werden, in dem die Autohersteller Verbrennungsmotoren verkaufen dürfen. Mit schnellen Erfolgen bei all diesen Regulierungsvorhaben ist allerdings in den meisten Fällen nicht zu rechnen. Aufgrund der Komplexität des Regulierungsprozesses in den USA kann es Jahre dauern, bis neue Standards eingeführt werden. Zudem könnten sie – wie unter Trump geschehen – von einem zukünftigen Präsidenten rückgängig gemacht werden.

Auch deswegen hat Biden selbst deutlich gemacht, dass er den US-Kongress in den Klimaschutz einbinden möchte und sich ambitionierte Gesetzgebung wünscht. Doch die politische Lage im Kongress ist kompliziert.

2. Die klimapolitische Sackgasse

Bidens Demokratische Partei hält im US-Senat nur eine hauchdünne Mehrheit. Für klimapolitische Vorhaben, beispielsweise bundesweite CO₂-Bepreisung oder Standards für saubere Energien (dazu zählen im US-Verständnis neben erneuerbaren Energien meist auch Atomenergie, Energieeffizienz und CCS) im Stromsektor, benötigt Biden jedoch 60 Stimmen im US-Senat. Lediglich Bidens Konjunkturpaket, den American Rescue Plan, konnte der Kongress auf Grund einer speziellen Regel mit einfacher Mehrheit verabschieden – ohne die Zustimmung auch nur eines einzigen republikanischen Kongressmitglieds. Das Konjunkturpaket enthält einige klimarelevante Passagen, fördert beispielsweise das Bus- und Bahnnetz und gibt Gelder an subnationale Regierungen, um Energieeffizienzstandards umzusetzen.

Schon Bidens nächstes ambitioniertes Vorhaben, der American Jobs Plan, wird jedoch auf die Stimmen von mindestens zehn republikanischen Senatorinnen und Senatoren angewiesen sein. Der Plan enthält weitreichende Maßnahmen für den Klimaschutz, soll saubere Energietechnologien fördern, die Flotte der Regierung auf Elektrofahrzeuge umstellen und eine Ladeinfrastruktur aufbauen. Öffentliche Gebäude sollen energetisch saniert werden. Und bis 2035 soll die Stromproduktion emissionsfrei sein. Es könnte viele Monate dauern, ehe der Gesetzesvorschlag den Kongress passiert und es sind viele Änderungen am Entwurf zu erwarten. Bereits jetzt kommt harsche Kritik von republikanischen Kongressmitgliedern. Es bleibt abzuwarten, wie wirksam der finale Entwurf für den Klimaschutz sein wird.

3. Der gespaltene Kongress

Im Allgemeinen ist die Klimapolitik in den USA weiterhin ein stark umstrittenes, stark polarisierendes Thema. Die Demokratische Partei und ihre Wählerschaft befürworten mit großer Mehrheit die Klimaschutzmaßnahmen. In der republikanischen Fraktion jedoch wünschen

Mit schnellen klimapolitischen Erfolgen ist nicht zu rechnen: Der Weg über exekutive Regulierung kostet Zeit.

Der US-Kongress könnte eine unüberwindbare Hürde für Bidens Klimaschutzbemühungen darstellen.

sich viele Kongressmitglieder kein Eingreifen des Staates beim Klimaschutz. Sie möchten dies der Privatwirtschaft überlassen. Hinzu kommen die Klimaskeptiker: Berechnungen des Center for American Progress zufolge sitzen im aktuellen Kongress 139 Mitglieder, die den Klimawandel leugnen – etwa ein Viertel (26 Prozent) aller Kongressmitglieder, was auch in etwa dem Anteil an der Gesamtbevölkerung der USA entspricht. Beide Gruppen zusammen, Staats- und Klimaskeptiker, blockieren seit Jahren Klimagesetzgebung im Kongress. Und es ist noch kein Ende in Sicht: Auch 2020 gelang es Kandidatinnen und Kandidaten mit einem klimaskeptischen Wahlprogramm, Sitze im Kongress zu gewinnen.

4. Parteiübergreifende Herangehensweisen an den Klimaschutz

Auch die Demokratische Partei stimmt nicht immer geschlossen für den Klimaschutz. Der konservative Demokrat Joe Manchin aus West Virginia, Vorsitzender des Energieausschusses, ist bekennender Gegner von einer Klimaschutzgesetzgebung. Grundsätzlich mangelt es beiden Parteien an einer gemeinsamen Zukunftsvision für die Wirtschaft ihres Landes.

Während die Demokratische Partei ein erneuerbares Energiesystem anstrebt, unterstützt die Republikanische Partei weiterhin fossile Energieträger. Großer Beliebtheit erfreuen sich unter Demokratinnen und Demokraten klimapolitische Maßnahmen wie eine CO₂-Steuer, 100 Prozent erneuerbarer Strom oder die vollständige Vermeidung von Emissionen aus der Kohle-, Öl- und Gasverbrennung bis 2050, wie Umfragen des Yale Program on Climate Change Communication zeigen. Präsident und Kongress sollten, so die Befragten, den Klimawandel zur Top-Priorität machen. Im Gegensatz dazu befürworten Mehrheiten unter befragten Republikanerinnen und Republikanern die Expansion von offshore Öl- und Gasbohrungen. Nur wenige sehen im Klimaschutz eine wichtige Priorität und dies spiegelt sich auch im US-Senat wider: Den Klimawandel zu bekämpfen, so beispielsweise die republikanische Senatorin Cynthia Lummis, „hat Zeit“, er sei keine „dringende Bedrohung“ und man könne ihn bekämpfen, „ohne den Konsum fossiler Energieträger zu reduzieren, indem man Emissionen mit CCS-Technologien einfängt“.¹ Ein CO₂-Preis, so der ranghöchste Republikaner im Energieausschuss, John Barrasso, schade amerikanischen Konsumentinnen und Konsumenten durch höhere Strom- und Benzinpreise.²

Klimaschutz ist in der
Republikanischen
Partei keine Priorität.

Um an den wenigen vorhandenen Schnittmengen zwischen beiden Parteien zu arbeiten, kooperiert im Senat seit 2019 eine Gruppe von inzwischen 14 Senatorinnen und Senatoren beider Parteien im Bipartisan Senate Climate Solutions Caucus. Zu den diskutierten klimapolitischen Lösungen gehören auf der einen Seite wenig konkrete Ansätze wie Maßnahmen, die sich mit den Bedürfnissen „spezieller Sektoren wie Industrie und Transport“ beschäftigen oder eine Politik, die Emissionsminderungen erreicht und dabei „Jobs für das 21. Jahrhundert“ schafft. Auch zählen dazu CCS (Carbon Capture and Storage) sowie Energieeffizienz- und Aufforstungsmaßnahmen. Mit den Stimmen beider Parteien erfolgreich verabschiedet hat der Kongress bereits im letzten Jahr den Energy Act of 2020, der neben der Unterstützung für CCS auch Atomenergie, erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördert und Anstöße für die Modernisierung des Stromnetzes gibt.

Ambitionierte Klimagesetzgebung scheitert jedoch daran, dass die Klimapolitik zwischen den Parteien nur so lange potenziell konsensfähig ist, wie sie nicht direkt der fossilen Industrie in den USA gefährlich wird. Eine CO₂-Bepreisung findet beispielsweise auch im aktuellen Kongress keine parteiübergreifende Unterstützung. Es bleibt also zunächst weiterhin am Präsidenten, den Klimaschutz aktiv voranzutreiben und Impulse für die nachhaltige Transformation des amerikanischen Wirtschaftssystems zu geben.

5. Die US-Staaten bleiben Klimavorreiter

Eine Schlüsselrolle für die klimapolitischen Ambitionen Bidens werden weiterhin die US-Staaten spielen. Angesichts der klimapolitischen Untätigkeit Donald Trumps haben viele Staaten ihre Klimaagenda weiterentwickelt. Washington und Nevada verfügen beispielsweise nun über Pläne, ihre Emissionen bis 2050 auf netto-null zu senken, viele weitere verfügen über eigene Emissionsminderungsziele. Die meisten Staaten fördern den Einsatz von erneuerbaren Energien im Stromsektor, Kalifornien und eine Gruppe kleinerer Staaten im Nordosten der USA haben eigene Emissionshandelssysteme. Zugenommen haben auch Kooperationen der Staaten, zum Teil über die Grenzen der USA hinaus. 25 von ihnen haben sich zur U.S. Climate Alliance zusammengeschlossen und sich selbst zu Emissionsminderungen im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Kalifornien hat mit der Under 2 Coalition ein internationales Bündnis gegründet, um internationale Klimaschutzbemühungen voranzutreiben. Viele, wenn auch längst nicht alle US-Staaten nutzen also ihre großen Freiräume, um ihre eigenen Ambitionen im Klimaschutz zu verfolgen.

Viele US-Staaten orientieren sich seit Jahren an den Pariser Klimazielen.

6. Anknüpfungspunkte für die transatlantische Kooperation

Joe Biden, so zeigen bereits seine ersten 100 Tage im Amt, verfolgt ambitionierte Klimapläne und kann vor allem auf der internationalen Bühne erste Erfolge vorweisen. Innenpolitisch bleibt die Lage jedoch schwierig. Der US-Kongress ist weiterhin eine Sackgasse für die Klimaschutzbemühungen. Und Biden ist noch damit beschäftigt, den klimapolitischen Scherbenhaufen abzarbeiten, den Donald Trump hinterlassen hat.

Die deutsche und europäische Politik kann und sollte daher weiter den Dialog mit dem Kongress suchen, vor allem dem parteiübergreifenden Senate Climate Solutions Caucus und seinem Äquivalent im Repräsentantenhaus. Denn hier wird an klimapolitischen Lösungen gearbeitet, denen auch Teile der Republikanischen Partei zustimmen. Doch die aktuell hier diskutierten Lösungen zielen nicht auf eine grundlegend nachhaltige wirtschaftliche Transformation der USA ab und werden bei weitem nicht die Emissionsminderungen bringen, die notwendig sind, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Gewinnbringender für die transatlantische Kooperation kann auf der einen Seite vielmehr der Austausch mit den US-Staaten sein. Mit der Transatlantischen Klimabrücke verfügt die Bundesregierung hier bereits über ein wichtiges Instrument, dessen Ausbau und Verstärkung sich auch lohnen wird, um für die deutsche Politik Impulse durch die klimapolitischen Ideen und Innovationen vieler US-Staaten zu bekommen. Auf der anderen Seite ist der zentrale Anknüpfungspunkt für eine transatlantische Klimaschutzagenda die US-Exekutive, also Joe Biden und sein Kabinett. Der Präsident selbst hat mit seinen klimapolitischen Plänen bereits einige Arbeitsbereiche benannt, die ihm wichtig sind und von transatlantischer Kooperation profitieren würden, wie das Engagement in multilateralen Institutionen sowie in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Der US-Präsident rückt wieder in den Fokus der Kooperation.

Klimakonferenz in Glasgow gemeinsam zum Erfolg führen

Ein wichtiger Termin für die transatlantische Kooperation wird die COP26 (Conference of the Parties) in Glasgow sein. Die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens werden hier ihre aktualisierten NDCs einreichen, diese Klimakonferenz wird also eine wichtige Signalwirkung für die kommenden Jahre haben. Ziel ist, dass die Staatengemeinschaft deutlich höhere Ambitionen im Klimaschutz zeigt als bisher.

Die transatlantischen Partner können bereits im Vorfeld der COP26 mit gemeinsamer Stimme viel Vorarbeit leisten. Denn Deutschland und die USA sind international exzellent vernetzt – über bilaterale Energie- und Klimapartnerschaften sowie über ihre Beteiligung an Governance-Formaten wie G20, G7 und dem Clean Energy Ministerial. Gemeinsame Impulse für den Klimaschutz aus diesen Initiativen sind wichtig. Das Potenzial der bi- und multilateralen Kanäle sollten die transatlantischen Partner daher im Vorfeld der COP26 voll ausschöpfen, um für Ambitionssteigerungen im Klimaschutz zu werben. Zukunftsweisend sind in diesem Zusammenhang auch die Konjunkturpakete, die die Länder als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie schnüren. Hier stehen in vielen Ländern die fossilen Energien nach wie vor im Fokus, mehr Gelder fließen in die Öl-, Gas- und Kohleindustrie als in erneuerbare Energien. Dies ist eine verpasste Chance mit wichtigen Implikationen für die internationalen Klimaverhandlungen. Die transatlantischen Partner können hier gemeinsam mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Netzwerke nutzen, um mit gemeinsamer Stimme für die Vorteile einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik zu werben.

Gemeinsame Netzwerke können für den Klimaschutz genutzt und gestärkt werden.

Die Klimatransformation als gemeinsame Zukunftsvision festigen

Auch über die COP26 hinaus wird die Kommunikation einer gemeinsamen transatlantischen Zukunftsvision der Klimatransformation eine wichtige Rolle spielen. Nicht nur in den Vereinigten Staaten sind Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit noch immer zentrale Narrative und Leitlinien für die Politik. Die mit der „Schieferrevolution“ deutlich gesteigerte Öl- und Gasproduktion hat die USA in die Gruppe der weltweit größten Öl- und Gasproduzenten befördert und sie unabhängig von Ländern wie Russland oder den OPEC-Staaten gemacht. Diese Industrien sind also nicht nur wichtige Arbeitgeber in den USA. Sie sind auch von großer geostrategischer Relevanz. Die internationale Nachfrage nach Öl, Kohle und Gas aus den USA ist weiterhin hoch, für fossile Produzenten fehlt daher bisher das Signal, dass fossile Energien ein Auslaufmodell sind und dass dies nicht nur von der Politik der USA, sondern auch von der internationalen Nachfrage abhängt.

In einer Welt, in der fossile Energieträger, möglicherweise bis weit in die Zukunft hinein, zentral sind für die Energieversorgung der meisten Länder, inklusive der USA und der EU-Mitgliedstaaten, wird es schwierig sein, den Kongress zu ambitionierter Klimagesetzgebung zu bewegen. Die Ausgangslage ist hier in Deutschland eine andere, weil das Land kaum über eigene fossile Ressourcen verfügt.

Für die transatlantische Kooperation bedeutet dies, dass sie sich in ihrer Außenkommunikation auf ein gemeinsames, konsistentes Narrativ der Klimatransformation konzentrieren sollte. Das Narrativ muss Gegenstand aller bi- und multilateralen Aktivitäten der transatlantischen Partner sein. Es sollte einen klaren Fokus auf grüne Technologien legen und innen- wie außenpolitisch das Signal senden, dass diesen die Zukunft gehört. Die Partner können so gemeinsam darauf hinwirken, dass auch in anderen Ländern Finanzströme nicht mehr in Richtung fossile Energieträger fließen, dass sich auch andere Länder auf eine Klimatransformation einstellen und die globale Nachfrage nach fossilen Energien sinkt. Nur so kann sich die Idee verfestigen, dass eine zukunftsfähige Energieversorgung, die das Pariser Klimaabkommen zum Erfolg führt, auf erneuerbaren Energien beruhen wird und Energiesicherheit sowie -unabhängigkeit über grüne Technologien und nicht länger über fossile Ressourcen bestimmt werden wird.

Der Abschied von fossilen Energieträgern sollte zum transatlantischen Klimaschutznarrativ werden.

Resilienz von Partnerländern stärken, geostrategische Herausforderungen angehen

Auch die Entwicklungszusammenarbeit wird eine zentrale Rolle für die Klimatransformation spielen und kann als wichtiges Handlungsfeld für die transatlantische Kooperation dienen. Für die USA ist die Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit auch in ihren Energiebezie-

hungen mit anderen Ländern eine wichtige Maxime. Noch unter der Trump-Administration gab es beispielsweise in der US-Entwicklungsbehörde (United States Agency for International Development, USAID) eine Neuauflage der US-Europe Energy Bridge. Die USAID arbeitet darin mit Energieversorgern und Regulierungsbehörden aus den EU-Ländern zusammen, um Länder Osteuropas und Eurasiens zur Energieunabhängigkeit zu verhelfen. Das Programm fokussiert auf den Aufbau von Energieinfrastruktur in den Regionen. Die USAID sieht in diesem Programm explizit auch eine Antwort auf die wachsende Konkurrenz mit Russland und China, um Einfluss in der Region.

Dass eine Klimatransformation auch Antworten für solch geostrategische Fragen bietet und Ländern die Unabhängigkeit von Energieimporten verschaffen kann, wird in Formaten wie der US-Europe Energy Bridge noch nicht deutlich genug kommuniziert. In ihren Kooperationsprojekten müssen die transatlantischen Partner daher deutlich machen, dass sich ihr Engagement in Drittländern klar und ausschließlich auf saubere Energie konzentriert – neben Kohle und Öl gehört auch Gas nicht in diese Kategorie. Denn auch der Aufbau von Gaskraftwerken in Drittländern würde die Energieversorgung dort für Jahrzehnte bestimmen und eine baldige Umstellung auf erneuerbare Energien oder grünen Wasserstoff immens verlangsamen. Für die Pariser Klimaziele würde dies immer neue Hindernisse schaffen. Die transatlantischen Partner können, indem sie erneuerbare Energiesysteme fördern, gemeinsam die Resilienz ihrer Partnerländer stärken und gleichzeitig dazu beitragen, dass die globale Nachfrage nach fossilen Energieträgern sinkt.

Transatlantische
Klimaschutz-
kooperation hat eine
wichtige geopoliti-
sche Dimension.

-
- 1 Siegel, Josh 2021: Cynthia Lummis bets on fossil fuels in seeking return to Congress, Washington Examiner 09.07.2020, in: <https://www.washingtonexaminer.com/policy/energy/cynthia-lummis-bets-on-fossil-fuels-in-seeking-return-to-congress> [18.04.2021].
 - 2 Senate Committee on Energy and Natural Resources 2021: Republican News. Barrasso: Proposals that Impose a Cost on Carbon will Hurt American Families, in <https://www.energy.senate.gov/2021/3/barrasso-proposals-that-impose-a-cost-on-carbon-will-hurt-american-families> [18.04.2021].

Impressum

Dr. Sonja Thielges

Senior Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Jasper Eitze

Energie und Ressourcen
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 696-3635
jasper.eitze@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.
Printed in Germany.
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-918-3



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
Alamy Stock Foto/UPI